

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsfrist: Tageblatt Riefa, Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Rechtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postfachkonto: Dresden 1599, Nikolaifl. Riefa Nr. 52.

Nr. 111.

Dienstag, 15. Mai 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends $\frac{1}{2}$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Mai 4800.— Mark einschl. Frangierlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 500.— Mark; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsbefehle 50.— Mark. Preise für Briefe, Postgebühren, Drucker- und Verlagskosten, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa.

Die Bestimmungen über das Einwohner- und Fremdenmeldewesen der Stadt Riefa vom 10. April 1923 liegen in der Zeit vom 16. bis mit 31. Mai 1923 während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathaus, Einwohnermeldeamt, Zimmer Nr. 14, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Der Rat der Stadt Riefa, am 15. Mai 1923.

Die am Stimmabstimmungstage ausgefallenen Beratungsrunden in Gräba werden Donnerstag, den 17. Mai 1923 abgehalten.

Wahlratsamt Riefa, den 11. Mai 1923.

Reichsmiete in Riefa.

Am 26. April 1923 hat die Amtshauptmannschaft Dresden über die rechtserhebene Beschwerde gegen die vom Stadtrat Riefa erfolgte Festsetzung der Hundertföge

zur Grundmiete gemäß § 14 der Aust.-V.-D. zum Reichsmietengesetz vom 24. Juni 1922 verhandelt.

Es ist mit Stimmenmehrheit beschlossen worden, die Hundertföge mit Wirkung vom 1. April 1923 ab folgendermaßen festzusetzen:	
für Mietminderungen das	1,08 fache zur Grundmiete.
für Betriebskosten als Berechnungsgeld das	82,50 fache " "
für Verwaltungskosten das	5,00 fache " "
für laufende Instandsetzungsarbeiten das	69,75 fache " "
für große Instandsetzungsarbeiten das	3,42 fache " "

Die von der Amtshauptmannschaft getroffene Festsetzung ist unanfechtbar und nicht mehr endgültig.

Die Aufnahme der englisch-italienischen Antwort in Berlin.

Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts ist nicht abgehalten, sondern auf heute vertagt worden. Die Beratungen über die englische und die italienische Note wurden jedoch am gestrigen Nachmittage innerhalb der Reichsregierung fortgesetzt.

Die englische und die italienische Note sind gestern vormittags Gegenstand der Prüfung und Erörterung, sowohl in der Wilhelmstraße wie auch bei den Reichstagsparteien gewesen. Mehrere Fraktionen und Fraktionsvorstände waren verammelt. Der Reichskanzler, der in den Mittagsstunden in Berlin eingetroffen ist, hat am Abend in einer Sitzung des Reichskabinetts den Vorschlag geführt, die sich mit dem beiderseitigen Antwortnoten beschäftigen.

Über den Eindruck, den die beiden Noten in Berlin hervorgerufen haben, teilen die Blätter mit, daß unverhohlen eine Enttäuschung über beide Noten zum Ausdruck gekommen sei, insbesondere über die radikale Kritik des deutschen Vorschlags und darüber, daß beide Noten zur Lösung der Reparations- und des Ruhrkonfliktes durch positive Anregungen in keiner Weise beitragen. Die Forderung werde mit keinem Worte erwähnt. Auch das Problem der politischen Sicherungen sei bedenklich außer Betracht, ebenso wie Deutschlands Vorschlag einer wirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich nicht berücksichtigt worden. Die einzige positive Anregung lasse sich in den Rat zusammenfassen, Deutschland soll seine Vorschläge noch mal erwägen und erweitern. Dies bedeute nach Auffassung der zuständigen Stellen keinen Abbruch der Diskussion. Man neige dazu, bei allen ferneren Erwägungen diese Tatsache in erster Linie zu berücksichtigen.

In London geteilte Meinung.

Die britische Antwort auf die deutsche Reparationsnote findet in der Londoner Presse geteilte Aufnahme. Die daran geknüpfte Kritik beruht hauptsächlich auf dem Fehlen einer klaren Darstellung der britischen Reparationspolitik und insbesondere die Ignorierung des deutschen Vorschlags, die gesamte Reparationsfrage einem unparteiischen internationalen Tribunal zu unterbreiten. Die meisten Blätter stimmen jedoch Lord Curzon's Anregung bezüglich neuer deutscher Vorschläge zu.

In Paris herrscht Befriedigung.

Die gesamte Pariser Morgenpresse bespricht die in Berlin überreichten Noten der englischen und der italienischen Regierung und findet darin manches, was für die französische Politik als vorteilhaft erklärt wird. So sagte ein Minister einem Redakteur des Echo de Paris, die englische Note nehme Deutschland jede Illusion; denn es müsse die Vorschläge Bonar Law's als Minimum annehmen. Besonders glücklich sei man über die italienische Antwort und zwar aus zwei Gründen. Sie werfe die Frage der interalliierten Schulden auf und spreche von den Wänden und Garantien, die man von Deutschland verlangen müsse. Der französische und der italienische Standpunkt seien also einander sehr nahe gerückt, wenn sie nicht identisch seien.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 14. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident Seebe, daß das Haus bis mindestens Mittwoch abend in beschlußfähiger Zahl beisammen bleiben müsse, da noch reichlich Beratungsstoff zu erledigen sei.

Auflösung der Freilichtpartei und der Selbstschutzorganisationen.

Abg. v. Guérard (S.) bedauert, daß es nicht möglich war, die Besprechung der Interpellationen zu verhindern zu einer Zeit, wo die englische und italienische Note zeigen, daß hinter der Regierung eine möglichst geschlossene Einheitsfront stehen muß. Zudem ist ja die Sache im preussischen Landtag ausgiebig besprochen. Graf Westarp hat zu Unrecht vom Staatsgerichtshof herabsehend gesprochen. Auch wir haben lebhaften Bedauern, daß das Vorgehen des preussischen Innenministers formell nicht ganz korrekt war. Jedenfalls haben wir, als wir dem Schußgesetz zustimmten, nicht an das Verbot einer politischen Partei gedacht. Wenn man aber den Wortlaut des Gesetzes rein objektiv betrachtet, dann man allerdings die Berechtigung des Ministers zu seinem Vorgehen herauslesen. Ob Seeberings Vorgehen in diesem Falle richtig war, läßt sich erst nach Abschluß des Verfahrens feststellen. Wir lehnen es ab, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die Ausschreitungen von rechts und links schädigen unseren nationalen Abwehrkampf

ungemein. Es bleibt zum Beispiel unvergessen, daß der Führer der bayerischen Nationalisten unter Streben nach einer Einheitsfront als laienhaft bezeichnet hat. Selbstschutzorganisationen von rechts und links können nicht gebildet werden. Der Schutz der Bürger ist allein Aufgabe des Staates. Wir stehen hinter der Reichsregierung und der preussischen Regierung, wenn sie Verfassung und Republik gegen alle Angriffe von rechts und links schützen wollen.

Abg. Koch (Dem.) Wir fürchten keineswegs, daß durch solche Angriffe der äußeren Rechten und Linken die Republik gefährdet werden könnte, sie steht heute fester denn je. Aber gerade in der jetzigen kritischen Zeit kann Deutschland nicht mehr schaden, als die Schädigung seiner Kreditfähigkeit durch die Propaganda der äußeren Rechten. Die Rede des Zentrumsgabordinierten, ebenso wie die des Vertreters der Volkspartei im preussischen Landtag, des Herrn von Radtke, kann ich fast durchweg unterschreiben. Um so weniger verständlich waren die Ausführungen des Abg. Dr. Mareks. Die Volkspartei ist doch in der Reichsregierung vertreten. Die scharfen Angriffe Dr. Mareks gegen den Reichsinnenminister sind somit schwer begrifflich. Die Deutschvölkischen sprechen hier immer von Demokratie, von Freiheit und Parlamentarismus, während sie diese Begriffe selbst verleugnen. Wir können es nicht billigen, daß sie ein anderes Gewand anlegen, wenn sie sich hilfsuchend an den Reichstag wenden. Grundrätlich verwerfen wir das Verbot einer Partei als Gefinnungsgemeinschaft. Wenn aber eine Partei sich unter diesem Deckmantel zu Verschwörungen zusammen findet, liegt die Sache anders. Wir billigen das Verbot einer solchen Partei, können aber nicht das unterschiebslose Verbot aller vaterländischen Verbände billigen, wie es leider in manchen Ländern geschieht. Hitler verlangt Beseitigung der Parlamente. Wir bedauern, daß Bayern nicht früher die Kraft zum Einschreiten gefunden hat. Die letzte bayerische Ausnahmeverordnung ist viel diktatorischer als alle Verordnungen im besetzten Gebiet. Wenn sie gleichmäßig nach rechts und links angewendet würde, dann wäre in Bayern Ordnung zu schaffen. Wir verlangen ein Einschreiten gegen die Selbstschutzorganisationen von rechts und links. Wir können aber die milde Beurteilung nicht begreifen, die Abg. Scheidemann den Kommunisten zuteil werden ließ. Wir begrüßen es, daß Minister Seebering auch gegen die proletarischen Hundertfögen vorgehen will, und bedauern, daß in Sachen diese proletarischen Hundertfögen geradezu einen Teil des Regierungsprogramms bilden. Unser Volk muß erkennen: Der Feind steht nicht rechts und nicht links, sondern vor den Toren und in den Toren des deutschen Reiches!

Abg. Kemmels (Komm.) protestiert gegen das mehr oder weniger deutlich zutage tretende Verlangen der bürgerlichen Parteien nach einem Verbot der kommunistischen Partei. Die Behandlung Solleins in Paris sei ein Beweis, daß die Behauptung eine Verleumdung sei. Die Kommunisten traten im Ruhrgebiet als Helfer Poincaré's auf. Es gebe keine kommunistischen Hundertfögen, sondern nur proletarische Hundertfögen aus Arbeitern aller Parteien, wie sie sich im Ruhrgebiet gegen faschistische Umtriebe bereits bestens bewährt hätten. Weder begründet schließlich eine kommunistische Entschlebung, in der die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung verlangt wird.

Abg. v. Gräfe (Dolk.) fragt die Regierung: Die kann die Reichsregierung schweigend der Verfolgung unferer Organisationen zulassen, während wir doch längst vor dem Seebering'schen Erlaß mit dem Reichskanzler und seinem Kabinettsrat aufrecht über alle unsere Organisationen gesprochen haben und anerkannt worden ist, daß sie als legale Organisationen im Interesse der Reichsregierung liegen? Ich frage die Regierung: Ist es nicht wahr, daß wir alle unsere Organisationen genau genannt haben? Wird die Regierung sich länger schweigend verhalten, weil sie sich darauf verlassen hat, daß unsere Männer aus Rücksicht schweigen würden und nicht die derzeitige Reichsregierung in Verlegenheit bringen wollen? Wir müssen erwarten, daß die Reichsregierung selbst den Anstand besitzen wird, für die Unschuldigen einzutreten. Es gibt eine Grenze, bis zu der man schweigen kann. Wir können nicht länger schweigen, wenn die Beschlagung aller nationalen Kräfte durch eine sogenannte nationale Regierung gebildet wird, während man immer von der Fassade der Freilichtpartei redet. (Große Unruhe links.)

Reichsjustizminister Dr. Geisinger:

Der Vorredner hat keinen Anlaß zu einer Aufregung. Wenn er sich darüber beklagt, daß kürzlich einer seiner Freunde nach siebenmonatiger Haft vom Untersuchungsrichter mit der Bemerkung entlassen sei, er wisse nicht, warum der Mann eigentlich gefangen habe, so habe ich darauf zu erwidern, daß, wenn im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen landesverräterischer Umtriebe Verhaftungen vorgenommen werden; der Justizminister nicht dem Untersuchungsrichter in den Arm fallen oder in ein schwebendes Verfahren einzureifen kann.

Reichsinnenminister Cserer:

Ich lege entschiedensten Protest ein gegen die Angriffe, welche Abg. v. Gräfe gegen die Reichsregierung gerichtet hat. Von allem, was er vorbrachte, ist mir nichts bekannt und ich glaube, auch den übrigen Reichsstellen wird es ebenso gehen. Aber im Staatsgerichtshof ist in öffentlicher Sitzung ein Protokoll verlesen worden, was wohl mit diesen Dingen zusammenhängt. In der bekannten Hohbach-Verammlung waren zwei Reichswehrproffiziere anwesend. Nach der Bekundung des einen derselben hat Hohbach folgendes ausgeführt: Seebering will am 31. März 1923 alle nationalen Verbände auflösen, um den Freiheitskrieg gegen Frankreich unmöglich zu machen, für den diese Verbände der Grundstock sind. Wir wollen uns dem nicht fügen und erwarten von der Reichswehr Neutralität in unserem entscheidenden Kampfe gegen die Infschutzorganisationen. Darum habe Hohbach die Reichswehrproffiziere eingeladen. „Ebenso offen“, sagte Hohbach weiter, „ist Reichskanzler Cuno davon unterrichtet worden, desgleichen General von Seeck. Beide Herren verhielten sich unseren Wünschen gegenüber kühl und interesselos.“ General von Seeck hat erklärt, daß er Hohbach nicht empfangen habe. Die Abgeordneten Henning und von Gräfe haben keinen Anlaß, von einer „Reise“ des Ministers Seebering zu sprechen. Der Staatsgerichtshof hat seine Maßnahmen bestätigt und in Preußen ist seitdem Ruhe eingetreten. Die Regierungen von Sachsen und Thüringen haben zugesagt, daß auch sie ihren Selbstschutz auflösen wollen, in dem Moment, wo die nach ihrer Meinung von Bayern drohende Gefahr beseitigt ist. Ihre Entschleubungen können wir nur sagen, daß man in dieser Zeit den Vätern die vorhandenen Nachmittel nicht nehmen sollte.

Es gelangt sodann ein Antrag Ledebors zur Annahme, die Rednerliste zu unterbrechen und Herrn von Gräfe zu bestimmen, seine ange deuteten schweren Beschuldigungen gegen die Regierung genauer zu erläutern.

Abg. Gräfe (Dolk.): Ueber die Dinge die ich vorhin angedeutet, daß unsere Partei absolut legale und keine geheimebändlerische Zwecke verfolgt, habe ich in der nicht-öffentlichen Sitzung in Leipzig der Regierung vollkommen reinen Wein eingeschenkt. Wenn die Regierung darauf nicht antworten will, so mag sie das mit ihrem Gewissen verantworten, meine Anklage bleibt bestehen. Wir werden bei den Gerichtsverhandlungen reiflos auf die Dinge zurückkommen.

Abg. Senke (Soz.): Mit der Antwort der Regierung können wir uns nicht zufrieden geben. Entweder haben Beziehungen zwischen diesen völkischen Organisationen und der Regierung bestanden oder Herr v. Gräfe hat gelogen. Meine Parteifreunde hatten ohnehin kein großes Vertrauen mehr zu Herrn Cuno wegen seiner letzten Reden; aber wenn sich derartige Dinge abspielt, haben, dann ist das gerichtet, den letzten Rest des Vertrauens zu diesem Kabinettsrat zu beseitigen. (Hört! Hört!) Ich habe die Empfindung, daß die Regierung kein reines Gewissen hat, und daß wir auch heute nicht alles erfahren haben. Die Regierung weiß von dem Zusammenarbeiten der in Preußen aufgelösten Kampfgruppen mit der Reichswehr. Sie weiß auch, daß die aufgelösten Kampforganisationen unter Zuhilfenahme und unter dem Protektorat von Reichsbehörden zusammen kommen. Die Republik ist in Gefahr! Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun? An dem verbrecherischen Treiben der Organisation Heinz sind nach gerichtlichen Feststellungen die Abga. Dulle und v. Gräfe direkt beteiligt. Hat die Reichskriminalpolizei die Regierung nicht von diesem Treiben in Kenntnis gesetzt? In Bayern arbeitet die Reichswehr mit den bewaffneten Nationalsozialisten zusammen.

Reichsinnenminister Cserer:

Die großen innen- und außenpolitischen Folgerungen, die sich aus den halben Andeutungen des Abg. v. Gräfe ergeben könnten, haben mich veranlaßt, sofort mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen. Von ihm bin ich ermächtigt, folgendes mitzuteilen: Hohbach ist es allerdings gelungen, zum Reichskanzler vorzudringen. Er hat ihm eine Mitteilung unterbreitet über die Erlückung der Jugend durch Turnerschaften. Dies hat den Reichskanzler, der weder den Namen, noch die politische Sauberkeit des Herrn Hohbach damals gekannt hat, (schallendes Gelächter bei den Soz.) veranlaßt, das Gespräch abzubrechen und zunächst Erkundigungen einzuziehen. Nach dem Ergebnis dieser Erkundigung hat er es abgelehnt, Hohbach noch einmal zu empfangen. Mit Herrn v. Gräfe hat der Reichskanzler wiederholt gesprochen. Er hat sich bemüht, ihn vor Unflugsbeit zu warnen. Herr v. Gräfe sprach von der Erbitterung der rechtsgerichteten Kreise wegen des einseitigen Vorgehens gegen die Rechts. Der Reichskanzler soll darauf nach den Angaben v. Gräfes gefaßt haben, daß er diese Dinge sehr ernst nehme. Abg. v. Gräfe hat darauf den Reichskanzler, ihm eine Unterredung mit dem General v. Seeck zu verschaffen. Der Reichskanzler hat in Aussicht gestellt, in eine Würdigung dieses Verlangens einzutreten. Nach der sachlichen Würdigung des Verlangens hat der Reichskanzler es entschieden abgelehnt, den Abg. v. Gräfe



bei General v. Weidt zu empfehlen. Da er dann nicht mehr Gelegenheit hatte, Herrn v. Weidt persönlich zu sprechen, ist vom Reichsminister der Staatsjustiz der Reichsanwalt beauftragt worden, Herrn v. Weidt diese Entscheidung zu überbringen. Der Reichsanwalt hat sich ermächtigt, ausdrücklich festzustellen, daß er über die Organisation der Deutschpölitischen Freiheitspartei erst ausführlich der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof näheres erfahren habe. Wer klar sieht, wie er diese Dinge zu beurteilen hat. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Das Ministergespräch wird bewilligt.

In der Interpellationsdebatte nimmt Hr. Habereus (Dnt.) das Schlußwort. Er erklärt, die Antwort des Ministers habe die Interpellanten nicht befriedigt können. Minister Oeler habe sich die Sache zu leicht gemacht mit seiner Berufung auf den Staatsgerichtshof.

Hr. v. Weidt (Deutschpölit.): Der Innenminister sollte wissen, daß die absolute Legalität unserer Organisationen durch ganz andere Verhältnisse als die von ihm angeführten der Reichsregierung klar gemacht worden ist. Damit aber daraus nicht wieder falsche Schlüsse gezogen werden, erklärt ich ausdrücklich, daß diese Verhältnisse nicht etwa dem Verfall der Diktatur widersprechen haben oder die Verfassung in irgend einer Weise bedrohen könnten. Ich habe dem Reichsjustizminister keineswegs den Eingriff in ein schwebendes Verfahren angedeutet. Aber er hätte die Reichsanwaltschaft vor der absoluten Legalität unserer Organisationen unterrichten können.

Eine Entschließung Oeler (Dnt.), welche Aufhebung des Staatsgerichtshofs und der republikanischen Schutzpolizei verlangt, wird gegen die Deutschnationalen und einen Teil der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Eine Entschließung Gührard (S.) und Deussenker (Dsp.) verlangt eine Prüfung, ob das republikanische Schutzwort nicht geändert werden könnte zum Schutze der politischen Parteien und der Vereinigungsfreiheit.

Im Sammelvortrag wird die Entschließung mit 124 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten gegen 112 Stimmen abgelehnt. 27 Zentrumsgewählte enthielten sich der Abstimmung.

Die kommunistischen Entschließungen werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Morgen vormittag 11 Uhr Weiterberatung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine neue deutsche Protestnote überreicht. Den Reaktionen in Paris, London und Brüssel ist im Anschluß an die ihnen bereits mitgeteilten Namen von Beamten, die von der Interalliierten Rheinlandskommission mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, eine weitere Liste von 1078 Ausweisungen mit einer Protestnote übergeben worden.

Der Reichsanwalt an den Reichswirtschaftsrat. Der Reichsanwalt hat an den Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates folgende Schreiben gerichtet: Der Reichswirtschaftsrat hat in dem plöztlich verschiedenen Unterkarrierungs z. B. Wirtschaftlichen Geheimen Rat Oden von Braun den bewährten Vorsitzenden verloren, der nach der Gründung des Reichswirtschaftsrates aus dem Vertrauen aller Gruppen dessen Leitung übernahm und durch seine Klugheit und die Sicherheit seines Wesens außerordentlich viel dazu beitrug, daß der Reichswirtschaftsrat in leidenschaftlicher Zusammenarbeit aller Gruppen sich festsetzte und Wirtschaft und Staat wertvolle Dienste leistete. Wie nur wenige konnte Excellenz Braun dabei reiche Erfahrungen verwerten, die er in langjähriger selbstbewußter Arbeit im Friedens- und in einer unbesangenen auf die öffentlichen Notwendigkeiten einestellten Arbeit während des Krieges gewonnen hatte. Daß er nun, allzufröhlich für die Seinen, schied, ist für den Reichswirtschaftsrat und die in ihm vertretene deutsche Wirtschaft, in Sonderheit für die deutsche Landwirtschaft, ein schwerer Verlust, zu dem ich dem Reichswirtschaftsrat mein aufrichtiges Beileid ausspreche.

Zur Revision des Werdenener Urteils. In der am 18. Mai beginnenden Revisionsoverhandlung des Werdenener Kriegsgeschehens werden die Angeklagten nicht erscheinen. Der Gerichtshof wird sich aus sieben höheren Offizieren zusammensetzen. Anklagevertreter ist der französische höchste Gerichtshof, der sich bei der Okkupationarmee aufhält. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm (Ghen). Die Revision führt sich nur auf Verfahrensverstöße.

Bermalts Unruhen im Brandenburger Juchthaus. Wie aus Brandenburg gemeldet wird, sind gestern nachmittag gegen 2 Uhr im Juchthaus erneut Unruhen ausgebrochen. Einige Sträflinge versuchten, sich von den Fenstern aus mit der Außenwelt zu verständigen. Sie wurden durch Schüsse von den Fenstern vertrieben, wobei ein Sträfling durch einen Schuß verletzt wurde. Es sollen 200 Sträflinge aus der Anstalt weggenommen worden.

Der neue Münchener Polizeipräsident. Zum Münchener Polizeipräsidenten ist Oberregierungsrat Mantel bei der Regierung von Schwaben ernannt worden.

Reichsstarke der deutschen Presse. Nach vierstägigen Verhandlungen ist ein Reichsstarke der deutschen Presse zustande gekommen vorbestimmlich einer Urabstimmung unter den Verlegern und vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse. Am Donnerstag soll in Berlin die Schlussprotokollierung stattfinden.

Die Verhandlungen über die Löhne im Bergbau. Die Verhandlungen am Sonnabend über die Löhnerhöhung im Bergbau haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Sie werden am Dienstag fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß sie dann zum Abschluß kommen, da die Sitzungen des Reichs-Kohlenverbandes und des Hauptauschusses des Reichs-Kohlenrates, die über eine etwaige Löhnerhöhung zu beschließen haben, am Mittwoch stattfinden werden.

Ein kommunistischer Protest. In einer Versammlung in Hannover protestierten die Kommunisten am Sonnabend gegen den Ausschluß ihrer Abgeordneten aus dem Preussischen Landtage. Präsident Reinert, der zu der Versammlung eingeladen war, hatte schriftlich erklärt, er habe keine Veranstaltung, sich vor dieser Versammlung zu recht fertigen. Die Versammlung wurde polizeilich überwacht. Zum Schluß wurde ein Aufruf angenommen, der gegen die Sozialdemokraten gerichtet ist und gegen das Verhalten des Präsidenten Reinert wie auch gegen die polizeiliche Überwachung der Versammlung scharfen Protest erhebt.

Italien.

Der internationale Kongreß für Frauenstimmrecht ist gestern in Anwesenheit von 2000 Delegierten von 40 Nationen eröffnet worden. Ministerpräsident Mussolini erklärte, die faschistische Regierung verpflichte sich, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, gewissen Kategorien von Frauen das Stimmrecht zunächst bei den Wahlen zu den Verwaltungskörpern zu gewähren. Er werde auch die Lösung anderer Frauenfragen unterstützen. Ferner erinnerte er daran, daß die Regierung die Abkommen von Washington, betr. die Nachtarbeit und das Gesetz gegen den Frauen- und Kinderhandel, gebilligt habe. Er entbot den Frauen, die an den Leiden des Krieges teilgenommen und der menschlichen Gesellschaft ihre wertvolle Mitarbeit geschenkt hätten, seinen Gruß. Darauf wurden von einer Vertreterin die Fortschritte der Frauenbewegung dargelegt. Die Frage der Reparationen. In einer bereits gestern begyngenen Rede sagte der Minister Deleani über die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden u. a.:

Es ist der italienischen Regierung gelungen, auf der Londoner Konferenz die Verknüpfung des Problems der von Deutschland geschuldeten Reparationen mit dem der europäischen interalliierten Schulden zu erreichen. Immer mehr tritt die gegenwärtige Abhängigkeit dieser beiden Fragen zutage. Es ist offensichtlich, daß Italien Deutschland nur in dem Maße unterstützen kann, in dem ihm seine Gläubiger entgegenkommen. Von der allgemeinen europäischen Regelung erwartet Italien die Rückkehr seiner Schulden an England. Sinntlich der Vereinigten Staaten besteht Italien ausschließlich darauf, daß sie ihm in weitem Maße für seine Schulden Erleichterungen gewähren, die mit den England gewährten Erleichterungen im Verhältnis stehen, und zwar mit Rücksicht auf die große Mannichfaltigkeit der Formen unserer Wirtschaft und auf den großen Beitrag, den Italien zur Erreichung des gemeinsamen Sieges geleistet hat.

England.

Protest gegen die Note an Sowjetrußland. In Fundamenten der unabhängigen Arbeiterpartei auf dem Trafalgar Square, in denen gegen die britische Note an Sowjetrußland protestiert wurde, wurde eine Resolution angenommen, in der die Zurückziehung des Ultimatus angefordert, für eine Konferenz zwischen der britischen und der russischen Regierung eingetreten und volle Anerkennung der Sowjetregierung gefordert wird. — Der diplomatische Vertreter der Daily News schreibt, die Länge der russischen Note, die Tatsache, daß Krasin in London eintrifft, die Aussicht auf die ungewöhnlich große Opposition gegen die Regierung bei der morgigen Unterhandlung deuten nicht die einzigen Gründe für die Erwartung, daß ein endgültiger Bruch vermieden werde.

Die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet.

Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird uns mitgeteilt: Die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet ist gekennzeichnet durch die Besuche der Franzosen mit militärisch-politischen Mitteln um jeden Preis einer Umkehrung in der Stimmung der Bevölkerung herbeizuführen. Diesem Zweck diente das Werdenener Kriegsgerichts-urteil der letzten Tage. Es ist kein Zufall, daß in der letzten Woche zum ersten Male ein Todesurteil ausgesprochen worden ist. Von Seiten des französischen Pressedienstes in Düsseldorf ist in den letzten Tagen wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß der Druck der französischen Hand auf die deutsche Gurgel sich bis zum äußersten verschärzen würde. Von derselben Seite ist auch ausgegangen, daß angesichts der gegenwärtigen politischen Situation es in der Hauptsache nicht mehr darauf ankomme, das Ruhrgebiet wirtschaftlich französischen Interessen nutzbar zu machen. Die letzten Verfügungen des Generals Degoutte verfo-gen deshalb auch weniger wirtschaftliche Ziele, sondern sie sind politischen Ursprungs. Das gilt in besonderer Weise von der Verordnung Nr. 38, die sich inhaltlich mit der Ordonnanz 167 der Rheinlandskommission deckt und die für das Gebiet des Brückenkopfes Düsseldorf und für das Eindruschgebiet den Wahlsatz einführen will. Obgleich diese Verordnung vom 8. Mai datiert, ist sie erst Sonntag mittag von französischer Seite in Ghen angehängt worden. Soweit die Verordnung im Ruhrgebiet bisher bekannt geworden ist, hat sie den Zweck der Einschüchterung nicht erreicht, sondern nur neue Erbitterung gegen die französische Willkür hervorgerufen. Den Franzosen kommt es nicht auf eine Kontrolle des Gebietes an, — für diesen Zweck würden ihre bisherigen Maßnahmen aus der Kontrollstellen genügen — sie wollen vielmehr die Bevölkerung mürbe und gefügig machen. Sie wollen aber vor allem die Abschneidung der besetzten Gebiete vom unbesetzten Deutschland völlig durchführen. Am französischen Kreise rechnet man selbst nicht damit, daß in nennenswerten Umfange Bewohner der besetzten Gebiete um Abstumpfung der Ausweispartee bei den jeweiligen Kommandanten nachsuchen oder daß Deutsche aus den unbesetzten Gebieten den Divisionsgenerälen, wie es in der Verordnung heißt „Bittschriften um Gedeidbriefe“ vorlegen werden. Die Tatsache, daß die Verordnung bereits für den 14. Mai wirksam wurde, zeigt am deutlichsten, daß es den Franzosen in weitestmöglicher Weise auf die Abschneidung ankommt. Im übrigen darf die einschneidende Wirkung dieser Verordnung auf den Einzelnen und darüber die wirtschaftlichen Folgen dieser Verordnung nicht verkannt werden. Es bedarf großer persönlicher und auch materieller Opfer, um diese widerrechtliche Verordnung unwirksam zu machen. Im Ruhrgebiet ist man zu solchen Opfern bereit in der Erkenntnis, daß durch eine kraftvolle und ungeschwächte Fortführung des passiven Widerstandes der jegliche Zustand völliger Rechtslosigkeit und schematischer Bedrückung erfolgreich überwunden werden kann.

Gegen die verhängte Todesstrafe.

Der stellvertretende Regierungspräsident Regierungsrat Putterbed hat an General Denognies ein Schreiben gerichtet, das gegen das Urteil des französischen Kriegsgerichts gegen die deutschen Staatsangehörigen Schlägeler und Geisler wegen Sabotage, begangen an deutschem Reichsgut, protestiert. Das Schreiben wendet sich besonders auf das Schicksal gegen die Tatsache, daß französische Offiziere sich für zuständig erklärt haben, gegen einen Deutschen die Todesstrafe zu verhängen. Ein Strafgesetz, das den Tod androht für tatsächlich nicht eingetretene Folgen einer Tat, sei eine gerichtliche Unmöglichkeit. Der Spruch eines Kriegsgerichts, der sich auf diesem schwankenden Boden aufbaue, könne nur als ein militärisches Diktat betrachtet werden. Wenigstens von der Achtung vor dem ursprünglichen Menschenrecht, dem Leben, erwarte der Regierungspräsident mit der gesamten deutschen Bevölkerung des Bezirks von den französischen Militärbehörden, daß dieses Todesurteil gegen einen Mann, der nach seinem eigenen freiwilligen Bekenntnis nur aus Liebe zu seinem Vaterlande gehandelt habe, niemals vollstreckt wird. Es sei Sache allein der deutschen Gerichte, diese Straftat zu verfolgen.

Das Saargebiet als Ellavenstaat.

In der gestrigen Sitzung des Landesrats gaben sämtliche Parteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der gegen die sogenannte Notverordnung der Regierungskommission und gegen die am 2. Mai erlassene Einschränkung des Streikpotenzials in der einschleichensten Weise protestiert wird. In der Erklärung wird die Regierungskommission vor der Welt angeklagt, daß sie ihre vornehmste durch den Versailleser Vertrag ihr gestellte Aufgabe, für die Wohlhaberei der Saarbevölkerung zu sorgen, wiederum in unerhörter Weise verlegt habe. Sie mache die Bevölkerung zum Gegenstand ihrer einseitigen politischen Beherrschungen und das Saargebiet, das einlege der Dohut des Völkerverbundes anvertraute Land, zu einem Ellavenstaat. Als Protest gegen die Verordnungen der Regierungskommission lehnte es der Landesrat ab, gestern eine Sitzung abzuhalten.

Der Streik der Saarbergleute beendet.

Die in den letzten Tagen zwischen der französischen Bergwerksdirektion und den Vertretern der streikenden Bergarbeiter geführten Verhandlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: Mahregelnungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. Die Löhne sind in der obersten Stufe um 5 Francs pro Schicht, in der untersten Stufe um 3 Francs

pro Schicht erhöht worden. Die Vertreter der Organisationen empfehlen den Bergarbeitern, von heute, Dienstag, ab die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Gewerkschaftsrat französischer Bergarbeiter hat jedoch in einer zahlreich besuchten Plenarkonferenz die Wiederaufnahme der Arbeit von heute ab beschlossen. — Auch der Rite sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat gestern in einer Plenarkonferenz beschlossen, die Arbeit nach den mit der Bergverwaltung getroffenen Vereinbarungen wieder aufzunehmen. Damit hat der Streik der Saarbergleute nach einer Dauer von genau 100 Tagen sein Ende genommen.

Die Trauerfeier in Lausanne.

Die offizielle Trauerfeier zu Ehren Morawski ging gestern nachmittag auf dem Friedhof zu Doulon vonstatten, und zwar in Gegenwart vieler Teilnehmer. An dem todbezwerten Sarg, der von vielen Kränzen bedeckt war, hielt Hofrat Witosch von der Volkspartei in Berlin eine Rede, in der er ausführte: Wir haben in unserm Genossen Morawski einen unserer besten Mitkämpfer und Kameraden verloren. Selbst seine Feinde mühten seine hohen moralischen Tugenden und seinen edlen Charakter anzuerkennen. Er wurde auf seinem Kampfplatz feige ermordet. Aber der Kampf wird weitergeführt werden. Die Arbeitermassen werden ihre Wachsamkeit und ihre Energie im Kampfe gegen den internationalen Faschismus verdoppeln, und der tragische Tod des Genossen Morawski wird zweifelslos seine Auswirkung in der ausländischen Politik finden. Hiermit blies der Delegierte des russischen Roten Kreuzes in Rom und des Vorstand der Schweizerischen kommunistischen Partei Dr. Welt Anspruch zu Ehren der Ermordeten. Der Sarg wurde dann nach dem Friedhof geleitet, wo er in Gegenwart der Witwe in einen Leihtransportwagen geladen wurde. Die Überführung des Sarges nach Berlin erfolgt in Gesellschaft der Vertreter der russischen Volkspartei in Berlin und des Herrn Krasin. Witoschski, der noch nicht transportfähig ist, hielt vorläufig in Lausanne.

Weltliches und Säkulars.

Mies, den 15. Mai 1923.

Reichsmiete in Mies. Wie das Ortsumschreibungamt im amtlichen Teil vorl. Nr. bekannt abt, ist nunmehr die Verteilung der Grundstücke zur Grundmiete endgültig geregelt worden. Mit Wirkung ab 1. April 1923 ist zusammen das 161,75fache zur Grundmiete jährlich zu berechnen.

Relig. Die Evangelisation des Herrn Pastor Eitelke nahm gestern ihren Anfang. Der Herr Pastor sprach abends 8 Uhr in der Trinitatiskirche, die er freilicherweise gleich am ersten Abend ab besucht war, über das Thema: „Eine überlebte Revolution“ und führte aus, daß in mancher Hinsicht im inneren Leben in unserm Volk, insbesondere im häuslichen Leben ein wesentlicher Umbruch eintreten, das „ganz anders werden“ muß. Er wird heute abends 8 Uhr über das Thema: „Der Mensch und seine Liebe“ in der Trinitatiskirche sprechen und jeden Tag nachm. 5 Uhr in der Klosterkirche Bibelstunden halten. Die Wieder wird in der Trinitatiskirche der Vorkammerchor des Evang. Jungmännervereins begleiten. Während die Versammlungen auch weiterhin so zahlreich besucht werden und ihren Segen wirken. Es wird zugleich darauf hingewiesen, daß ein Schriftmissionar von der Inneren Mission aus Dresden am Eingang der Kirche gute christliche Schriften verkauft und auch in den Häusern solche Schriften zum Verkauf anbietet. Er ist mit Ausweis des Pfarramtes versehen, den man sich zeigen lassen sollte.

Das „Glücksmädel“. Auf die heute abend im Höpfer-Saal zum Besten für Rhein und Ruhr stattfindende Noceetten-Aufführung sei im Interesse des guten Zweckes nochmals hingewiesen.

Deutsches Kulturprogramm. Morgen Mittwoch abends 8 Uhr spricht im Hotel Höpfer Professor Reinhold Mies, über „Deutsches Volk und seine Kultur“ unter besonderer Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse. Karten sind noch bei H. v. M. Reinhardt, Bettendorferstraße 10 und an der Abendkasse erhältlich.

Volkstheater während der Pfingstfeiertage. Am 1. Pfingstfeiertag findet vormittags die Orts-, Bafet- und Landbestellung wie werktag statt. Am 2. Feiertag ruht auch die Orts- und Landbestellung. Im übrigen wird an beiden Tagen der Volkstheater wie an Sonntagen wahrgenommen werden.

Erzeugerpreis für Kartoffeln. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 14. 5. 23 einen Erzeugerpreis von 3800—4200 für weisse, rote und gelblichweiße Sorten notiert.

Der 5. ordentl. Verbandstag sächsischer Volksbeamtet wird zur Zeit in Meissen abgehalten. In der ersten Sitzung stellte der Verbandsvorsitzende fest, daß infolge der schlechten Verhältnisse im Beside die Zahl der sächsischen Volksbeamteten immer geringer werde und daß allein bei der Landespolizei gegen 1800 Stellen unbesetzt seien. Damit werde die verbliebene Beamtenkraft unzureichend belastet und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Im weiteren forderte der Vorsitzende Hand in Hand mit der Organisation eine innere Umgestaltung der Beamtenchaft. Mit der Besorgungung des Publikums müsse aufgeräumt werden. Die Polizei solle nicht Mittel, sondern Freund des Publikums sein. Der Verband stehe auf dem republikanischen Boden und sei bereit, die republikanische Verfassung gegen jeden Angriff zu schützen.

55. Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine am 13. und 14. Mai in Meissen. Die Verhandlungen nahmen am Sonntag vormittag 11 Uhr ihren Anfang. Sie wurden in der Weipolberg abgehalten, von deren Galerie aus der Weipolberg Männergesangsverein den Gesangsbeitrag den ersten Gruß entbot. Es waren 281 Delegierte anwesend, die 88 Vereine vertreten. Herr Bartel erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß die letzte Verbandssammlung in Meissen vor 25 Jahren stattfand. Damals waren erst 50000 bis 60000 Personen in zwei Verbänden zusammen geschlossen. Heute zählt der eine Verband 141 Vereine mit rund 430000 Mitgliedern. Direktor Rimes begrüßte die Versammlung namens des Vorstandes und Aussichtsrates des Weipolberg Vereins. Amtshauptmann Dr. Siebert sagte nach Hervorhebung der großen Bedeutung der Konsumvereine für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, daß Verhältnis der Amtshauptmannschaft zu den Konsumvereinen sei allezeit ein gutes und erzieherisches gewesen. Stadtrat Höbner begrüßte namens des Gelamrats die Gäste in Meissen, wo der genossenschaftliche Gedanke von jeher stark vertreten sei. Herr Heinrich Lorenz vom Zentralverband erwähnte, daß heute 88 Prozent der Bevölkerung der Konsumvereine angehören. Es mühten weit mehr sein, wenn alle, die heute von Gemeinwirtschaft und Sozialisierung reden, den Sinn dieser Begriffe erfassen. Es folgte nun ein Vortrag über die Frage: Wie muß die Kontrolle der Warenverteilung der Konsumvereine beschaffen sein? Hierauf wurde die Sitzung am Montag vertagt.

Die deutsch-republikanische Bewegung. Die Deutschdemokratische Partei in Sachsen stellt fest, daß sie mit der deutsch-republikanischen Bewegung nicht das mindeste zu tun hat. Deme Bewegung, für welche die Herren Schöps (Verbandsleiter der „Vater“ und Höbner zeichnen, will die Weisheit der Hitler-Garden und der kommunistischen Erziehungsklassen auf dem republikanischen Boden vernichten.

Schönherrenschießfest. Der Land-Verband ehemaliger Schützen (Nr. 108) veranstaltete am Sonntag und Sonntag in Dresden eine Schönherrenschießfest. Der Begründungsabend im Gewerbehause am Sonntag führte eine große Anzahl ehemaliger Schützen und Dinerklubmitglieder gesellener Zusammenkunft. Die Verbandsversammlung hielt General der Infanterie a. D. Ober von der Pawlitz, waffendirektor Dölling konvertierte mit seiner Kapelle des I. Jäger-Bataillons Reichswehr-Regiment 10. Am Sonntag vormittags fand auf dem Militärchießhofe in der Oberstadt die Gedächtnisfeier statt, vor die markantesten Persönlichkeiten der ehemaligen Generallisten wohnten. Dölling konvertierte. Superintendent Dr. Köplich hielt die Gedächtnisrede. Nach der Kranzniederlegung vor der Gedächtnisfeier fand eine Besichtigung der noch in der Anlage bestehenden Gedächtniskapelle vor der Schützenkapelle statt. Am Nachmittag folgte den großen Aufstellungsaal eine festlich gestimmte Versammlung ehemaliger Schützen und Freunde des Regiments. Die Festrede hielt General der Infanterie a. D. Graf Hübsch von Gähst. Der Festrede schlossen sich Vorträgen der Festabende Stabes an.

Der neue Dresdner Polizeileiter. Dr. Hermann Schilling, bisher Polizeikommissar in Altona, ist als Polizeileiter nach Dresden berufen worden.

Der zweite Nachtragsetat für 1922. Als Folge der Budgetverwertung ist dem Landtage eine Vorlage über zwei Nachträge zu dem ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1922 zugegangen. Die Gesamteinnahme und Gesamtausgabe des ordentlichen Haushalts werden somit um die Summe von 40 783 700 000 Mark und der außerordentlichen Staatsausgaben um 17 239 400 000 Mark erhöht.

Genau den Filmhund. Der Landesverein Sächsischer Heimatklub hat an das Finanzministerium in Rücksicht auf die Filmmaßnahmen, die kürzlich in der Sächsischen Schweiz stattfanden, folgende bemerkenswerte Eingabe gerichtet: Die Naturgeschichte des Landesvereins Sächsischer Heimatklub hat in ihrer letzten Sitzung, in der gegen 30 Mitglieder anwesend waren, einstimmig beschlossen, dem Ministerium folgende Vorarbeiten zu überreichen: Wir halten es für eine Entwertung unserer herrlichen Sächsischen Schweiz, wenn dort, besonders an Stellen, die sonst nur dem ruhigen Wagnut und dem männlichen Sportgenie unserer Reitererzgebirgler zugänglich sind, lässliche Szenen aufgenommen werden, die nur mit Hilfe unportabler Hilfsmittel möglich sind, wenn dann diese Aufnahmen unter solportagehaften Filmmitteln in die Welt hinausgehen und ganz falsche Begriffe von der Sächsischen Schweiz und unserem Bergsport geben werden. Wir unterrichten erhaltene Aufnahmen, die der Schönheit, dem Volkstum, dem Sport in unserer heimischen Natur dienen, aber wir möchten unsere Heimat gefühllos wissen vor Aufnahmen, die nur der Pseudoromantik, dem ganz gewöhnlichen Sensationsbedürfnis, dem mißleiteten Drang nach unmöglichen Abenteuern dienen, die nur zum Filmhund gehören. Was wir von der Sächsischen Schweiz sagen, gilt selbstverständlich auch von unserem Erzgebirge und von den anderen hervorragenden Teilen unserer heimischen Natur. Gegenüber der Entwertung der Natur und der daraus sich ergebenden Verrohung der Menschen, die sich nur zu leicht daran gewöhnen, die Natur nur als Prospekt anzusehen, können die sogenannten volkswirtschaftlichen Vorteile keinesfalls in Betracht kommen. Wir bitten nach alledem das Ministerium, künftighin nicht wieder schlechthin eine Filmaufnahme irgendwo in Sachsen zu erlauben, sondern vorher das Filmhund zur Prüfung einzufordern und unwürdige solportagehafte Szenen und Gesamtaufnahmen überhaupt nicht zu gestatten. Wir sind gern bereit, bei der Prüfung solcher Filme mitzuwirken.

Dresden. Als Bewerber um die in dieser Woche zu bestehende Bürgermeisterei in Dresden tritt neben dem Kandidaten der Deutschen Volkspartei, Bankdirektor Dr. Brüger, auch der Bittauer Oberbürgermeister Dr. Kütz auf. Wie der Säch. Zeitungsdienst von unterrichteter Seite hört, werden die Sozialdemokraten, da es sich um die Finanzverwaltung der Stadt handelt, keinen eigenen Kandidaten aufstellen und für Dr. Kütz stimmen. Damit wäre dessen Wahl gesichert.

Dresden. Morgen Mittwoch, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr findet die Eröffnung der künftigen Kampfbahn an der Rennstraße statt. Gestern nachmittags 5 Uhr fand durch die Vertreter der Dresdner und auswärtigen Vereine eine Besichtigung der neuerrichteten künftigen Kampfbahn auf den Wägenfeldern unter Führung des Stadtrats Höpken und Stadtbaurats Wolf statt. Die neue Kampfbahn, die für Hahnsport und Bewegungsspiele aller Art bestimmt ist, soll 24 000 Personen fassen.

Döbeln. Die Ursache des feinerseit gemeldeten Fischsterbens in der Mulde ist festgestellt worden. In den Vor-Güldenwerken in Grünroda ist beim Ueberleiten von Schwefelsäure vom Vabuhof Niederstrieg nach der Fabrik infolge Anschließens des Tankwagens an eine falsche, unersichere Leitung Schwefelsäure in den Betriebsgraben und dann in die Mulde gelangt. Behördenliche Erörterungen, inwieweit die Betriebsleitung eine Schuld an diesem Vorkommnisse trifft, sind eingeleitet.

Chemnitz. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein kommunikativer Antrag beraten über Ausdehnung einer größeren Wirtschaftsbeileise an Erwerbshäuser. Als der Antrag abgelehnt wurde, ertönten von der öffentlichen Tribune die unerbittlichen Schimpfworte wie: Schulte, Hunde usw. Zwei Beisitzer der Tribüne gingen sogar so weit, daß sie Stühle in der Ablicht hoch hoben, sie in

gerehemer Halle in den Sitzungssaal zu schleudern. In derselben Sitzung wurde ein kommunikativer Antrag angenommen, nach dem der Rat ersucht wurde, eine Bauanleihe in Höhe von 1 Milliarde Mark aufzunehmen.

Chemnitz. Die Chemnitzer Bäckereiwirtschaft errichtete anlässlich des 25-jährigen Obermeisterjubiläum des Chemnitzer Bäckermeisters und Reichstagsabgeordneten Dienert eine Stiftung von 4 1/2 Millionen Mark für alte und arbeitsunfähige Berufsgenossen.

Mittweida. Eine Einwohnerversammlung der Gemeinde Rodlich stimmte der Eingemeindung in die Stadt Mittweida zu.

Altenburg. Bei einem Einbruch in das Stickeriegeschäft von Hermann fielen den Dieben Garne im Werte von über 12 Millionen Mark in die Hände.

Zwickau. Von dem Dache des Fabrikgebäudes der Firma Lanmann & Dölling sind etwa 800 kg 7 mm Kupferdraht im Werte von über 16 Millionen Mark gestohlen worden.

Wannabe. Die künftigen Körperkassen haben für den Plan, die alte Sakral der Annenkirche in eine Kriegergedächtniskapelle umzuwandeln, eine Million aus künftigen Mitteln zur Verfügung gestellt. Da aber eine Summe von acht Millionen erforderlich ist, hat sich zu deren Aufbringung durch freiwillige Zeichnungen ein Sonderauschuss gebildet.

Wauen. Am 1. Juni d. J. wird die normalspurige eingleisige Nebenbahn Wauen-Blauen (Wogl.)-Ehrlichshaus dem öffentlichen Verkehr, Gepäck- und Güterverkehr übergeben und damit der Betrieb zwischen den Stationen Lottengrün und Wauen (Wogl.) unt. W. eröffnet.

Bismarck. Auf ein fahrendes Bodenfuhrwerk kletterte ein Mann und raubte 24 Stück australische Fuchsfelle. Arbeiter, die den Vorfall beobachteten, machten die Fuhre aufmerksamer und verlorsten den Dieb, der aber auf seinem Fahrrad mit der Beute verschwand. Am nächsten Morgen wurden in einer Sandgrube 17 Felle gefunden.

Leipzig. Hier fanden am Sonntag die Elternratswahlen statt. Insgesamt wurden 54 935 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Christliche Elternvereingung 28 672, unpolitische Liste für weltliche Schule 734, VSWD 20 870, Gemeindefreie Liste der USV und VVD 6015. Bei den Elternratswahlen in Chemnitz wurden in der Liste des Christlichen Elternvereins 18 381, für die des allgemeinen freien Schulvereins 18 384 Stimmen abgegeben. - Nürnberg ist in U. Lindenau eine 18-jährige Arbeiterin beim Hirschen tödlich verunglückt. Sie benutzte einen Spirituskocher, den sie verkehrtlich herunterließ, wobei sich der brennende Spiritus über ihre Kleidung ergoß und diese sofort in Brand legte. - Hier wurde wiederum ein geheimes Spielklub in einer Villa aufgelöst. Die Spielleitung wurde verhaftet. In diesem Klub haben täglich bis zu 30 Personen um sehr hohe Beträge gespielt.

Für halben Mai ab heute
können Sie das „Nieser Tageblatt“ bei allen Zeitungsträgerinnen und zur Vermittlung an diese auch in der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59, zum Bezugspreis von —
2400.— Mark bestellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme
vom 15. Mai 1922.

Warschau. Der französische Marschall Foch ist von Polen kommend, fahplanmäßig in Prag eingetroffen, wo ihm ein feierlicher Empfang bereitet wurde. Das Programm erlitt aber durch das gestrige erfolglose Ableben der Gattin des Präsidenten Masaryk eine empfindliche Störung. Gestern und morgen sind in der Stadt ausschließlich schwarze Fahnen zu sehen, die nur heute zugunsten der nationalen Fahnen verdrängt waren. Es fehlte auch jede Musik. Trotzdem waren die Straßen überfüllt. Die beim Empfang gewechselten Ansprachen entziehen eigentlich einer politischen Bedeutung. In dem mittags ausgegebenen Text der Antwort des Marschalls Foch auf die Begrüßungsansprache war ein Satz enthalten, welcher besagte: Frankreich habe für die Freiheit gekämpft; es sei bereit, auch in Zukunft dafür zu kämpfen und rechte dabei auch auf die Tischgeschloßworte. Die nachträglichen Feststellungen ergaben, daß dieser Wortlaut unzutreffend ist und auch die französischen Journalisten, die sich in Begleitung des Marschalls Foch befanden, haben in ihren Berichten derartige politische Anspielungen fortgelassen.

Die Beisetzung der Gattin des Präsidenten Masaryk.
Prag. Heute findet in Prag, dem Sommerhof des Präsidenten, in aller Stille die Beerdigung der Gattin des Präsidenten statt, wobei nur die Mitglieder der Regierung, Marschall Foch und einige Abordnungen zugegen sein werden.

Der Luftverkehr Genf-München eröffnet.
Genf. Der neue Luftverkehr Genf-München und zurück ist am Montag nachmittags durch die Ankunft des ersten Flugzeuges aus München offiziell eröffnet worden.

Der Aufstieg in München erfolgte um 840 Uhr morgens, die Ankunft in Genf um 25 Uhr nachmittags. Der Apparat war von dem deutschen Piloten Anner geleitet. Trotz heftigen Sturmwindes und starken Regens von München bis in die Umgebung von Bern vollzog sich der Flug ohne irgend eine Störung. Dasselbe Flugzeug wird morgen um 11 1/2 Uhr nachmittags Genf wieder verlassen und um 10 Uhr in München eintrafen.

Die Badische Kautschuk- und Sodafabrik belegt.
Dudwigshafen. Heute, früh 5 Uhr ist die Badische Kautschuk- und Sodafabrik von den Franzosen besetzt worden. Den Arbeitern wird der Zutritt zur Fabrik verweigert. Die Angehörigen der Nachschicht dürfen das Werk verlassen, in dem jetzt ein ganzes Regiment liegt. Auch das Straßenbahndepot wurde besetzt. Infolgedessen ruht der Straßenbahnbetrieb. Im übrigen ist der Verkehr unbehindert.

Aberufung der Russen aus Kaufanne.
Zürich. Wie eine Schweizerische Presse-Agentur meldet, hat die russische Delegation Stellung erlassen, Kaufanne sofort zu verlassen.

Die Aufnahme der englischen Note in Amerika.
New York. Ueber den Einbruch der englischen Note in New York schreibt der „New York Herald“: In gut unterrichteten politischen Kreisen herrscht das Gefühl vor, daß der Kuhenminister klarer hätte sein müssen in Bezug auf das, was er von Deutschland erwartete. Niemals hätten wir erwartet, daß er bei Abfassung der Note davon ausging, die französischen Ansprüche zu kennen und er wahrscheinlich aus diesem Grunde die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Zahlungsmodalitäten nicht answarf.

Ein sinesischer Dampfer von Seeräubern überfallen. Neuer meldet aus Dongkong: Der sinesische Dampfer „Lailun“ ist auf der Fahrt von Dongkong nach Schanghai von Seeräubern überfallen worden. Den Seeräubern fielen dabei 6000 Dollars in die Hände.

Abtötung eines englischen Jaggeugs.
6 Menschen tot. Ein englisches Verkehrsflugzeug, das von Paris nach London flog, ist gestern in der Nähe von Kien abgestürzt und verbrannt. Die sechs Insassen, der Pilot, der Monteur und vier Passagiere fanden den Tod. Ihre Leichen waren vollständig verkohlt.

Wissenschaft.
Technische Hochschulen. Bei der 25-jährigen Feier der Dresdner Technischen Hochschule wurden folgende Herren zu Ehren dokoren ernannt: Geheimrat Rat Professor Dr. Karl Boemmig-Dresden, Fabrikdirektor Jahr-Dresden und Geheimrat Medizinrat Professor Dr. Heinrich Wedwig. Zu Ehrenatoren in den Großen Senat der Technischen Hochschule wurden berufen: Generaldirektor Rudolph Kürsch, Generalkonsul Wilhelm Kaufmann-Dresden, Direktor Aufschläger-Hamburg, Generaldirektor Dr. Biele-Kauchhammer, Generaldirektor Gruschwitz-Oberdorf, Fabrikbesitzer Hermann-Sohnis, Direktor Dr. Franke-Berlin-Stemensstadt, Generaldirektor von Sontard-Bassel, Fabrikdirektor Fritz Thiels-Weipzig und Direktor Johannes Dönitz-Dresden.

Frau Bleibrens Nachfolgerin in Dresden. Die bekannte Leipziger Schachspielerin Frau Stella David ist als Nachfolgerin für die kürzlich verstorbenen Frau Maximiliane Bleibrens vom Beginn der nächsten Spielzeit an den Dresdner Staatstheater verpflichtet worden. Frau David war vor einigen Jahren am Dresdner Alttheater tätig.

Dresdner Symphonieorchester S. u. S. O. Das Philharmonische Orchester beschloß in einer am 12. d. M. stattgefundenen Versammlung mit 38 gegen 8 Stimmen, sich mit dem 1. Oktober 1922 als „Dresdner Symphonieorchester S. u. S. O.“ zu etablieren. Zweck der Gesellschaft ist die Veranstaltung künstlerischer Konzerte und Kammermusikführungen innerhalb und außerhalb Dresdens.

Sport.
Nieser Sportverein S. O. Morgen Mittwoch Abend finden sich auf dem Schwansee die 1. Militärarmadivision des Inf.-Regt. Nr. 10 der Vjagerserie im Gesellschaftsspiel gegenüber. REB. wird in härtester Aufstellung antreten und der Militärarmadivision den Sieg streitig machen. Die Militärarmadivision spielte vergangenen Mittwoch gegen REB. 1. hier unentschieden 2:2. Man darf deshalb gespannt sein, wie REB. Vjagerserie abschneiden wird. - Vergangenen Sonntag weilten 3 Mannschaften in Borsdorf bei Leipzig. Die 3. Elf verlor gegen die dortige 1. Elf 1:4, dagegen konnte die 4. Mannschaft mit 5:1 heilkehren. - Abteilung für Jugendsport: Die 2. Jug. sog gegen die Borsdorfer 1. Jug. dort mit 0:1 den Kürzeren.

Marktberichte.
Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonntag, den 12. Mai 1922: Weizen 70-72000, Roggen 60-63000, Hafer 50-56000, Sommergerste 53-56000, Mais 80000, Raps (schrot) 84000, Kleie 38-40000, Woggen- und Weizenstroh Paterstroh und Heu ohne Angebot. Weizenmehl 70/105000, Roggenmehl 70/, 95000, Roggenmehl 85/, 90000 Brotpreis der Bäckereiwirtschaft: 1 Kilogramm 1200 M. (marken frei). Die Preise verstehen sich für den Zentner in Wengen unter 5000 Kilogramm.

Stolze Herzen.
Roman von Alfred Saisan.
37. Fortsetzung.
12. Kapitel.

Die Gesellschaft war vorüber. In ihren wohlverdienten Schritten waren die Herrschaften aus Altenbrück nach Hause zurückgekehrt; die Gäste aus dem Pfarrhaus und der Schule hatten gleichfalls das Schloß verlassen. Von den Anwesenden hatte niemand eine Ahnung, zu welcher ereignisreichen Stunde es in dem Zimmer der Komtesse gekommen, und um den todesartigen Schlaf dieses Autritts wußten bestimmt nur diejenigen, die der Antrag der traurigen Angelegenheit unmittelbar anging.

Der Gräfin war es gelungen, bis zum letzten Augenblick ihren Gästen gegenüber die verbindliche Gesellschaftsmaske festzuhalten. Dann aber sank sie erschöpft in sich zusammen. Klementine wollte sich zu ihren Füßen niederlassen, wollte durch eine offene Aussprache das bedrückte Kutterherz zurückgewinnen, allein die Gräfin wehrte mit schwacher Stimme ab. Heute wolle, könne sie nichts mehr hören. Es hat, sollte möge nach ihrem Mädchen hingehen, dann brachte sie einen schlaffen Fuß auf die Dampfe der Komtesse und ließ sich von der Hofins Stahlfenster geleiten.

Als die Tür hinter der Mutter zugefallen war, fing Klementine an, mit unruhigen Schritten den einsamen Salon zu durchschreiten, als denke sie nicht daran, sich nun gleichfalls zur Ruhe zu begeben.

Wolte glaubte zu wissen, was die Freundin quälte. Sie fand am Fingerring im Besitz, das schöne Instrument zu schließen. Sie wußte selbst nicht, wie es kam, daß sie plötzlich mit barem Griff in die Tasen sah.

Werbild erschrocken fuhr die Komtesse herum: „Was ist denn —“

„Lotte lächelte matt: „Eine Dissonanz. Weist du, wie sie zu lösen ist?“

„Scherze nicht.“

„Mir ist wahrhaftig nicht schmerzhaft zumute.“

Klementine trat zögernd näher. In ihren Augen glänzte es unsterblich. „Lotte —“ brachte sie flüchtig hervor, kam aber nicht weiter.

Die Freundin half ihr: „Du meinst, daß etwas geschehen muß? Du vermutest dir wie ich den Kopf mit der Frage: Was nun?“

Klementines stolzer Mund kräuselte sich noch immer, das, was in ihrem Herzen brannte, geradeheraus zu sagen. „Nanu, wird sich verdammt lassen“, murmelte sie verlegen.

„Sprich doch nicht davon! Wir müssen wahrheitsgemäß ein Duell verhindern. Du mußt es tun.“

„Ich? — ein Duell? — Du glaubst —?“

„Aber du kennst doch den Herrn Leutnant. Er wird Feins in der schroffen Weise zur Rede gestellt haben. Es werden Beleidigungen gefallen sein. Sie duellieren sich ganz gewiß.“

„Das sind Vermutungen —“

„Aberdings. Jedenfalls müssen wir uns Gewißheit verschaffen. Vielleicht sprichst du morgen mit dem Herrn Leutnant?“

Eine Glutwelle schoß der Komtesse ins Antlitz. Jörnige Ämnen gruben sich um ihren Mund. Herz verlor sie: „Heute Abend mußte ich ja — um der Gesellschaft willen — noch mit ihm sprechen. Von morgen ab werde ich jedoch bestimmt seinen Blick nicht mehr kreuzen. Er existiert nicht mehr für mich.“

„Dann müssen wir uns ... halten. Sollte das Duell eine beschlossene Sache sein, so wird es nur wenig nützen, fürchte ich, wenn ich mir Deins spreche. Da müßtest du es schon sein, die keinen Entschluß umzustimmen vermagst.“

Klementine atmete schwer. Sie rang mit sich. Ihre Finger erstarrten einen achlos liegend in ihrem Mund.

„Kraus.“ „Das — das kann ich nicht,“ stieß sie nach kurzem Schweigen hervor.

„Es wäre wohl auf keinen Fall so schwer,“ sagte Lotte mit ernstem Nachdruck, „als die Verantwortung, die du vielleicht zu tragen hast, wenn du nicht jenseits.“

Die Hände an den Schläfen, schürzte die Komtesse nach den Fernern hin. „Quäle mich nicht!“

Auf Lottes Antlitz erschien der resolute Zug, der ihr so gut stand. Sie ging der Freundin nach. „Ich werde dich, wie so oft schon, quälen, bis du nachgibst. Denn ich mag den Gedanken an das Leben gar nicht ausdenken, das du führen würdest, wenn das Furchterliche geschähe, wenn — doch still, laß uns in Ruhe überlegen, was wir tun müssen.“

„Sie zog Klementine mit sich zu einem kleinen lauschigen Gölösa, das, entfernt von der grellen Lichtflut des Kronleuchters, in welcher Dämmerung stand.“

„Stieh,“ fuhr sie dann fort, „im Grunde glaube ich ja, daß Heinz ein Duell zurückweisen wird. Er hat einen alten Vater, dem er nicht das Herz brechen darf. Aber auf der anderen Seite — sein Erbverfall könnte ihn doch hinführen in das Verderben, ja. Der Leutnant ist ein guter Schwabe. Es ist hundert gegen eins zu werten, daß das Duell mit einem schlimmen Ausgang für Heinz endet. Sein Gegner wird ihn gewiß nicht schonen. Also —“

„Eder doch auf!“ Die Komtesse machte eine Bewegung, als wolle sie den Kopf in den Wollfeln vergraben.

Lotte hielt sie zurück. „Reich, aber doch bedeutsam fragte sie: „Hast du mir wirklich nichts anderes zu antworten?“

Klementine sprang auf. „Nein — ich will — ich kann nichts tun!“

Lotte blieb ruhig sitzen, die Hände im Schoß verschränkt. Mit einem rasch vorübergehenden Lächeln schüttelte sie den Kopf. „Das ist nicht wahr. Du wehrst dich nur schwach.“

Fortsetzung folgt.

Sächsischer Landtag.

14. Dresden, 14. Mai 1923.
Auf der Tagesordnung der heutigen 39. Sitzung steht zunächst der Beschlusstwurf über eine vierte Abänderung des **Stempelsteuergesetzes**.

Finanzminister Heine weist darauf hin, daß der Entwurf mit der Geldwertminderung im Zusammenhang steht. Er lege eine wesentliche Erhöhung aller Sätze vor. Eine allgemeine Erhöhung der Wertsteuern werde zurzeit nicht vorgezogen.

Abg. Göttinger (Dpa.) kritisiert, daß die Steuer für Miet- und Pachtverträge nur etwa die Hälfte dessen erbringe, was die Verwaltungskosten betragen. Die stempelsteuerrechtliche Summe hätte noch höher angelegt werden können.

Abg. Göttinger (Dpa.) bringt einige Abänderungswünsche zum Ausdruck. Der Entwurf geht an den Rechtsausschuß. Hierauf wird der Entwurf eines Gesetzes über Änderung der **Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare** debattiert.

Weiter liegt vor der Beschlustwurf über die Aufbringung der **Rosen** bei Zusammenlegung von Grundstücken. Die Vorlage geht nach kurzen Ausführungen der Abg. Voigt (Dpa.) und Göttinger (Dpa.), die bei der herrschenden Unruhe im Hause auf der Tribüne unverständlich bleiben, an den Rechtsausschuß.

Zur Vorlage, betreffend den **Personen- und Besoldungsplan der Landesbrandversicherungskasse** auf das Jahr 1923 bittet Abg. Reuß (Dpa.), die Angestellten der Kasse besser zu besolden, denn sie hätten eine verantwortungsvolle Arbeit. Die Vorlage wird an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung über den Beschlustwurf über eine **Altergrenze** und über die **Denkmalpflege** der Beamten und Lehrer. Den Bericht erstattet Abg. Hart (Dpa.). Er empfiehlt die Annahme der Mehrheitsanträge.

Abg. Göttinger (Dpa.) vertritt die Minderheitsanträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen. Danach soll die Altersgrenze auf 68 Jahre festgesetzt werden. Auf Professorenlöhnen an den wissenschaftlichen Hochschulen soll das Altersgrenzengesetz keine Anwendung finden.

Abg. Heine (Dpa.) bearbeitet die Minderheitsanträge einer Partei, wonach namentlich die im Dienste des Staates und der Kirche verbrachte Dienstzeit nicht in Anrechnung kommen soll.

Abg. Dr. Zech (Dpa.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Minderheitsanträgen. Im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses müsse das 65. Lebensjahr als Altersgrenze anerkannt werden.

Sämtliche Minderheitsanträge werden abgelehnt, die Mehrheitsanträge angenommen. Das Gesetz tritt sofort in Kraft. Beamte und Lehrer, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits das 65. Lebensjahr vollendet haben, treten kraft dieses Gesetzes mit dem 1. Juli 1923 mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand.

Zu den bereits zweimal verhandelten Anträgen betreffend die **Vorlage der Erwerbslosen, Sozialrentner und rentenlosen Unterstützungsbedürftigen** liegt ein neuer Antrag des Ausschusses vor.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 42104 Mark.

Abg. Sachs (Soa.) vertritt die Mehrheitsanträge. Danach soll die Regierung beauftragt werden, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Unterstützung der Erwerbslosen und Sozialrentner erhöht werden.

Den Antrag Böhm, Rand und Genossen betreffend die **Einschränkung der Baukäuflichkeit** beantragt der Ausschuss der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Einen Antrag derselben Abgeordneten betreffend **Besserung der Lage des Bau-, insbesondere des Maler- und Dekorationsmalers**, schlägt der Ausschuss in veränderter Fassung zur Annahme vor.

Abg. Fischer (Kom.) meint, die vom Ausschuss vorgeschlagene Sätze für die Erwerbslosenunterstützung seien völlig ungenügend. Nicht nur „unverschuldete“, sondern jede Arbeitslosigkeit müsse unterstützt werden. Vor allem solle **Arbeitslosigkeit** geschaffen werden.

Abg. Reuß (Dpa.) tritt für Annahme seiner Anträge in unveränderter Form ein.

Abg. Zech (Dpa.) wendet sich gegen die Minderheitsanträge; den Mehrheitsanträgen werde seine Partei zustimmen.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abgeordneten **Langerhans (Soa.)** und **Kunze (Dpa.)** wendet sich der Berichterstatter Abg. Sachs in Schlußworten scharf gegen die von den Kommunisten geforderte Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Wenn jede Arbeitslosigkeit in solcher Weise unterstützt werden sollte, dann würden bald nur wenige noch in den Betrieben zu sehen sein. Zustimmung auf der rechten und in der Mitte, großer Lärm bei den Kommunisten.

Die drei Anträge werden sodann im Sinne der Mehrheit des Ausschusses angenommen.

Parteitag des Landesverbandes Westfalen der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Landesverband Westfalen der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonntag in Würzen seinen diesjährigen Landesparteitag ab. Am Vormittag fand eine interne Vertreterversammlung und zu Mittag eine Frauenversammlung statt. Der sich am Nachmittag eine öffentliche Versammlung im „Hotel Viktoria“ angeschlossen. Nachdem hier der Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen mitgeteilt hatte, daß in der Vertreterversammlung eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt worden sind, durch welche die Organisation der Partei auf eine neue, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Grundlage gestellt werden soll, begrüßte er den aus Berlin erschienenen Staatsminister a. D. Excellenz Dergt und erteilte ihm dann das Wort zu einer längeren Rede über die politische Lage im Reich. Er sagte u. a.: Die Rede Stresemanns mußte der englischen Regierung sagen, daß Deutschland doch vielleicht nicht so weit gegangen ist, als es möglich gewesen wäre. Stresemann hat mit seiner Rede die englische Regierung aus ihrer Verlegenheit befreit und der deutschen Regierung neue Verlegenheiten geschaffen. Redner streifte dann auch die

Schandurteile von Werden und Mainz, wodurch sich Frankreich außerhalb des Reiches der Kulturnationen gestellt hat. Es ist also mit der deutschen Ehre und Würde unvereinbar, mit Frankreich zu verhandeln und Kriege also England, was wir von der englischen Note gehört haben, kann uns nicht viel Beruhigung geben. Wir haben allen Grund, Rückhaltung zu wahren und geben als Direktive für die Regierung folgende Punkte: 1. Kein neues Angebot an Frankreich und Belgien, wie überhaupt an die Alliierten. 2. Wenn es mit England zu einer weiteren Aussprache kommt, dann müsse man von England Bürgschaften verlangen und sich nicht etwa auf irgendwelche ungewisse Hoffnungen verlassen. 3. Bei einer solchen Aussprache ist nicht wieder über die Grundfrage unserer jüngsten Erklärung hinauszugehen. Lediglich haben wir keinen Anlaß zum Zurückweichen, da sich die Verhältnisse besser entwickelt haben, als vorausgesehen war. Es sprach dann noch der sächsische Landtagsabgeordnete Kammelsberg über die politische Lage in Sachsen.

Wörter aus Dresden.

18. Die 95. Wiederkehr des Gründungstages der Technischen Hochschule in Dresden gab dem gegenwärtigen Rektor Magnificens Dr. Högl in seiner Festansprache Gelegenheit zu einer furchtlosen Reueinschau des französischen Einfalls, zu einer weithin beachtlichen Kundgebung an die Studenten. Nachdem Dr. Högl die Namen derer genannt hatte, die anlässlich des Tages zu Ehren doktores und Ehrensenatoren erhoben worden waren, gedachte er eines jüngst verstorbenen Professors der Technischen Hochschule. Im Kriege haben wir gelernt, über den persönlichen Verlust das Leiden des deutschen Volkes zu stellen. Wir richten unsere Blicke auf unsere deutschen Brüder an Ruhr und Rhein. In jugendlichem Übermut tritt der eingebildete Feind Deutschlands ohne mit Zögern, was die letzten Tage dem Deutschen Volke, insbesondere der Ruhrbevölkerung an Zumutungen gebracht haben, als beispiellos in der Geschichte aller Zeiten und Völker. Es widerstrebt mir, von einem klammenden Protest zu sprechen, das Wort ist in den letzten Jahren durch manches Wort, kommils entwertet worden; aber wir können keine Ruhe lassen, solange die Schmach rechtloser Willkür nicht von uns genommen ist. Daß bei der Verteilung der Macht durch den Verfall der Verträge und bei der Sinnlosigkeit unserer Feinde unser Klagen etwas nützen könnte, ist eitles Hoffen. Nur die eigene Kraft vermag uns zu heilen. Die Besonnenheit des Mannes und die fürnämliche Leidenschaft des Jünglings werden sich sammeln, um die Erde zu beugen. Wenn sie reif geworden ist. Ihre Jugend, Kommilitonen, ist die Trägerin der Hoffnung des Alters. Geben Sie, wenn einst der deutsche Haken seine Fesseln sprengt, der unheilvollen Zeit, in die diese Feiler nur wie eine Atempause gelangt werden dürfte. Vergessen Sie nie die Schmach, mit der der Feind uns bedrückte. — Mühenlang währt der Beifall aus heißen jungen Herzen, als der Rektor beendet hatte

Alle 8 Tage 1 Zigarre weniger und das Geld dafür dem Deutschen Volkspartei für Ruhr und Rhein gegeben.

Junges Herr sucht möbliertes Zimmer ev. a. Schlafstube, Bettw. w. mitgeh. Fr. erb. unt. 0 C 308 an Taechl. Niesl.

Schlafstube gesucht. Wäsche vorhanden. Angebote unt. N Z 300 an das Taechl. Niesl.

Wer würde geschäftstüchtig. 500000 Mk. an. Sicherh. u. punktl. Rückz. geben? Werte Fr. unter N Y 299 an Taechl. Niesl.

30jährige Kriegswitwe von auswärts, in 2 Buben, wünscht die Bes. ein. geb. Herrn zwecks Heirat. Briefe erb. unt. 0 B 302a an das Taechl. Niesl.

Suche sofort lauberes Mädchen als **Aufwartung** bei gutem Lohn und Kost. Wittenerstr. 5. Laden.

Mädchen 18 Jahr. Mädchen sucht Stellung als Stütze der Hausfrau bei kinderlos. Ehepaar, eventl. mit Familienanschluss. Off. unt. 0 A 301a an Taechl. Niesl.

Suche für bald ein **ehrliches Mädchen** in gute dauernde Stellung. Frau J. Schüller, Bäckerei Bopohl.

Sehr sauberes, älteres **Mädchen** mit Koch- und Nähenkenntnissen i. Haushalt erfahren, wird für kleinen feinen Haushalt i. dauernde Stellung gesucht. 1. Juni. Desgleichen suche ich sehr sauberes **Hausmädchen** welches Lust und Liebe zur Hausarbeit hat. Angebote an Frau Walther Doehner, Chemnitz, Kollerstraße 12. v.

Mädchen 18-20 Jahren, mit einigen Kochkenntnissen, zu einzelner Dame nach Berlin sofort oder 1. Juni gesucht. Näheres bei Tischlermeister Wendel in Rödernau.

Suche für sofort eine **unabhängige Frau** zur Krankenpflege einer älteren Dame. Zu melden beim Entab. H. Kirsch, Niesl. 21.

Lüchtiges Hausmädchen zum 1. Juni gesucht. Frau Sanitätsrat Dr. Krieger.

Gefucht zum 15. Mai ein **kehlisches, sauberes Hausmädchen**. Stadt Dresden.

Hausmädchen für ar. Gut, Schweizer in Stall sucht Fr. Zeils, Rödernau. Suche für 1. Juni **1 od. 2 Mägde** nicht unter 16 Jahren. F. Thomas, Mautitz.

Milchausträgerin zum sofortigen Antritt gesucht. Milkerei-gesellschaft Niesl.

Ein zuverlässiges **junges Mädchen** mit etwas Kochkenntnissen bei hob. Gehalt i. kleinen besseren Haushalt als **Wirtshaftsfräulein** für bald oder später gesucht. Näheres bei Frau Gentsch, Bahnhofstr. 3a. 3. Stod.

Gehilf. kehliger, verheirateter **Hausmann** per bald gesucht. Zu melden in der **Sächsischen Möbelindustrie**.

Döbener und ostpreussisches Zuchtvieh Bin mit 50 Stück bester Rinde und Kalben, hochtragend u. mit Kälbern, sowie prima Zuchtstuten eingetroffen. Stelle selbige nach Quarantäne in meiner Behausung, sowie in Döbels, am Bahnhof, bei G. Müller zum Verkauf. **Paul Richter, Gröbba-Niesl.**

braune Stute mit K. Duffhähne, sicherer und lichter Bieder. Rab. Wierich, Gröbba.

Bereinsnachrichten
V.V.M.B.V.
Mittwoch abend 6 Uhr
16. 5. 23, Schwarzer Platz
1. Militär-Mannsch. d. Inf.-Reg. 10 gegen RSV-Liga-Reserve.

Diesem Mittwoch **2. Heimatschutzvortrag** abends 8 Uhr Hotel Göttinger.

Autoautomobilbesitzer!
Zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich eine **Continental-Bollgummireifen-Fabrik** aufgestellt habe und empfehle mich zum Aufpressen der Reifen aus fremder Fabrikate. **Sofortige Abfertigung! Rein Warten!**
Rekord-Lastwagenräder- und Wagenfabrik
Friedrich Kuring, Strehla a. E. Fernspr. 31, Ständia großes Lager in Volkstreffen zu Fabrikpreisen.

Grasverpachtung.
Donnerstag, 17. Mai 1923, nachm. 2 Uhr soll die diesjährige Nutzung der Pörsitzwiese an Ort und Stelle in kleinen Rabeln gegen höchstgebot und sofortige Barzahlung verpachtet werden.
Rittgurt Görzig
geh. H. Kieffler, Rittersaustr. 10.

Ankauf Baark
Gold - Silber
Platin - Ganzes
Gebisse - Einzelne
Zähne - Inzeln
Wegenkäufe
und Verkauf aller Art
Niesl, Carolastr. 10 part. Bismarckstr. 65.
Ob Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. - Strengste Discretion.
Für guten kinderlosen Leipziger Haushalt wird bei vorzüglicher Verpflegung, Behandlung und hohem Lohn, Steuern, Raffen und Schulzinsen frei, sowie sonstigen Vergünstigungen **tüchtigen ehrliches, nicht zu junges Mädchen**
mit Kochkenntnissen, perfekte Köchin nicht verlangt, per sofort oder später gesucht.
Best. vortrefflichen bei WWS. Ernest Kuchl, Niesl, Wittenerstraße 2.

Altoschatz Kühnes Konzert- u. Ballhaus
Schönes Konzert- u. Ballhaus u. Kaffeehaus.
1. und 2. Abt. - seine Ballmusik.
3. Festtag von 7 Uhr an Damen-tanzmusik vom Oschauer Stadt-Orchester.
Jeden Sonntag und Festtag Tanzmusik vom Oschauer Stadt-Orchester.

Kaufe
täglich von 1/2 bis 1/7 Uhr:
Goldene Uhren, Ketten, Trau- und Fingerlinge, sowie Silberlöffel, Teller, Bestecke, Schalen, Zahnwehler, Zunderlöcher, goldene und silberne Zigaretten-Etuis, Zähne und künstliche Gebisse, Brennflöte, Platin, sowie Lackelber und Nickel, Strengste Discretion. - Reelle Bedienung.
Emil Kaluscha
Schloßstraße 19 (im Laden).

Kaufe altes Gold u. Silber
zur eigenen Verarbeitung. Goldschmied Georg Schumann, Hauptstraße 44.

Hertha Seebach Arthur Franko
danken herzlich - zugleich im Namen ihrer Eltern - für die zu ihrer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeit. --
Niesl, im Mai 1923.

Für die uns zur Goldenen Hochzeit so überreich erwiesenen Ehrungen und für den erhabenden Gesang meiner lieben Kollegen und Sangesbrüder sagen wir hierdurch herzlichsten Dank. Ferner Dank der Freien Vereinigung 108er.
Niesl, 11. Mai 1923.
August Reicherting und Frau Anna geb. Wolf.

Neuer Sommermantel preisw. zu verk. Schulz, Gröbba, Georgplatz 6, 2.

Zu verkaufen weiße neue höherne Rinderbestie, Sengsch, Hauptstr. 39a, 3.

Verkaufe
gebr. gut erhalten, preisw.:
1. Kindbett w. Matr.,
1. Wappenstein, elegant,
1. gr. Klubb. Ganzelbrei,
1. Bar-Selbstsch. w. 34,
2. geräumige Selbstsch.
Müller, Gröbba, Altstraße 38.

Neuer Sommermantel preisw. zu verk. Schulz, Gröbba, Georgplatz 6, 2.

Zu verkaufen weiße neue höherne Rinderbestie, Sengsch, Hauptstr. 39a, 3.

Schäferhündin
zu verk. Wolf, Hon.-Kaf. Fast neuer **Selbstordwagen** zu verkaufen. Schelba, Lindenstr. 244b. Tel. 25.

Oberhemden in Reppin, Ghebros, schwarz u. blau, Waffelste, Voll-Bohle, weiß- u. farbig, Poselinge, Seidenkreter, Schürzen, Seidentuch u. barchent u. l. w. empfiehlt billigst **G. verw. Högel.**

Gehrock - Anzüge Cutaway - Anzüge werden vertrieben. Hauptstr. 25, 2. Reinhold, gleichzeitig empf. Herrenhemden, Socken, Hand- schuhe (w. u. farb.), Kragen Chemisette, Strabatt, d. d.

Flügel und Piano (schwarz pol.) gebraucht sowie **neue Pianos** Nähmaschinen u. alle Musikinstr., Noten (ältere Noten billiger) empfiehlt preiswert

A. Zeuner
erktes u. altes Musik. geschäft, Baustr. 73.

Vollständiges Lebens- mittel - Berlandhaus.

10 Pf. Volk. Mol. Tafel- butter (Tagespreis), 10 Pf. Margarine Gohls, Bucht (Tagespreis), 10 Pf. ger. feine Cerebials- wurt (Wf. 8500 Mt.), 10 Pf. ger. grobe Cerebials- wurt (Wf. 8500 Mt.), 10 Pf. Käse Käse (Wf. 3500 Mt.), 10 Pf. (2 St.) rote Angel- käse (Wf. 2400 Mt.), 15 Pf. Golländer Käse (Wf. 3500 Mt.),

alles franko Haus ohne w. Unkosten, versende nur in prima Ware, nehme Nichtgefallendes 2 Tage nach Empfang Nach, retour, verl. per Nach, Bei Preisänderung tritt billigster Tagespreis in Kraft, unter 10 Pf. einer Sorte kann nicht abgege, werden. Otto Sebnke, Grottn(Dolstein) gear. 1888

V. A. O. D. Morgen i. U.

Die heutige Nr. umschl. 1. Kettner